

STADTARCHIV MANNHEIM  
Archivalien-Zugang ... 24 / 1972 Nr. 1208





1028<sup>a</sup>/49

- 1028 a -

Deutscher Anwaltsverein

Hamburg .

angefangen: ..... 19  
beendet: ..... 19

STADTARCHIV MANNHEIM

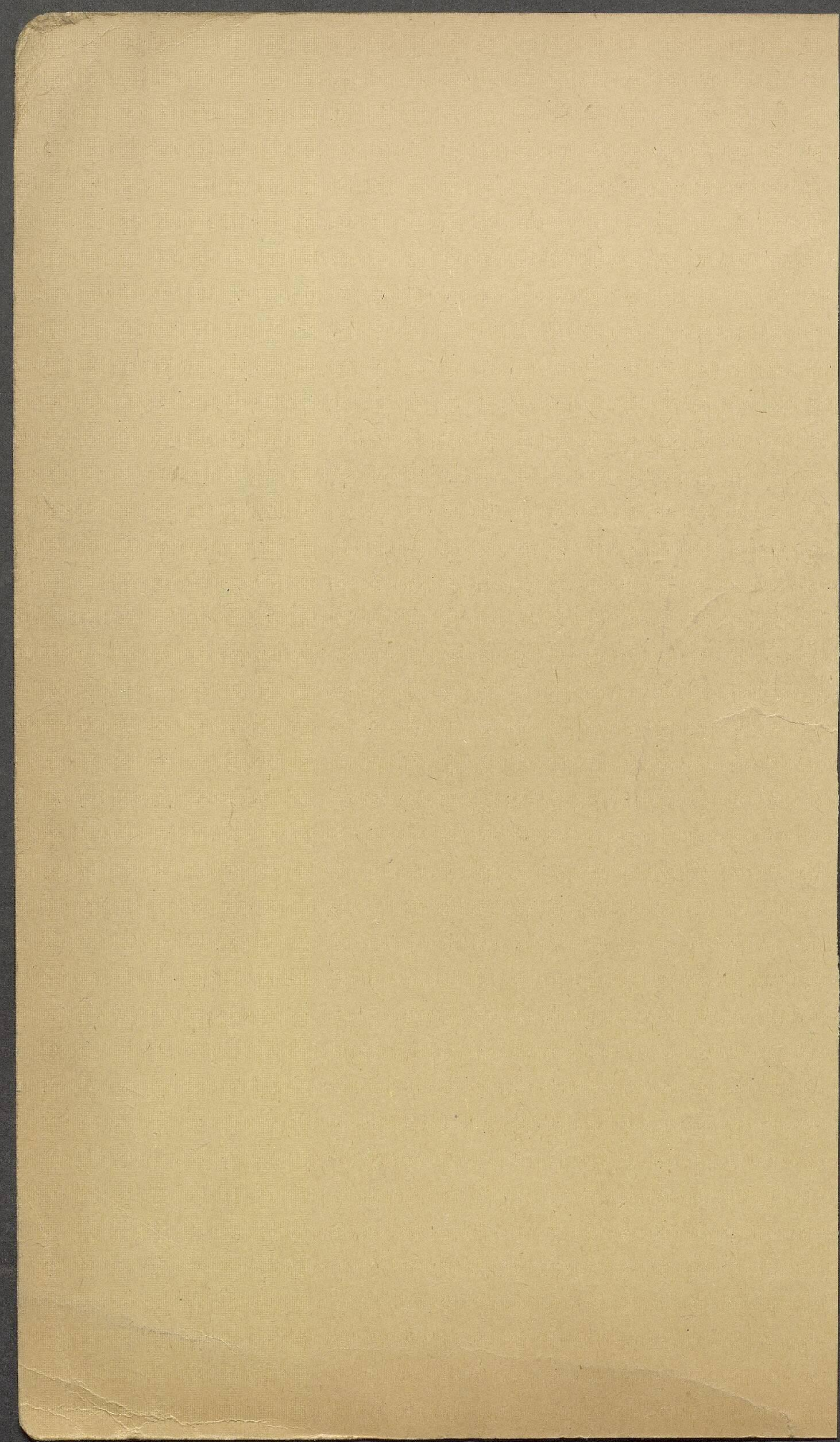
Archivalien-Zugang 50/1979 Nr. 683

1208



Leitz-Hefter  
•Rapid•







- 1028a -  
4. Januar 1950

*g. H. H.*  
*Volmer*  
*25. 1. 50*  
*Dr. O. H.*

Sehr geehrter Herr Kollege !

Im Hinblick auf meine Wahl in den Steuerausschuß des deutschen Anwaltsvereins, möchte ich mitteilen, daß meine Zulassung als Rechtsanwalt z.Zt. ruht, da ich für die Dauer von 6 Jahren wieder das Oberbürgermeisteramt in Mannheim übernommen habe. Ich bleibe aber mit meinem Büro, das mittlerweile nach Mannheim verlegt wurde, in Verbindung und werde, wenn ich mein öffentliches Amt wieder aufgebe und dann noch das Leben habe, wieder zur Anwaltschaft zurückkehren. Es dürfte wohl zweckmäßig sein, mich im Steuerausschuß des Anwaltsvereins einstweilen durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen.

Mit kollegialer Hochachtung

*vh.*  
An Herrn Dr. O t t o -

An den

Deutschen Anwaltsverein,

z.H. des 1. Vorsitzenden

Herrn Rechtsanwalt

Dr. Emil von S a u e r ,

H a m b u r g 36

Sievelingplatz 1







(24a) Hamburg 36  
Sievekingplatz 1  
Ziviljustizgebäude, Anbau  
2. Stock, Zimmer 700  
Fernsprecher: 35 37 41

16. Dezember 1949.

Herrn  
Rechtsanwalt

21. Dez. 1949

D. Herting,

(22a) Düsseldorf,  
Hubertusstraße 7.

gleichlautend an die Herren Rechtsanwälte  
Dr. Rolf Ewers, (24a) Hamburg 13, Parkallee 96,  
Dr. August Fürnrohr (13b) München 19, Flüggenstraße 3,  
Dr. Dr.h.c. Hermann Heimerich, (17a) Heidelberg, Neuenheimer Land-  
str. 4,  
Dr. Arnulf Jaehn, (22a) Kleve, Tiergartenstraße 16,  
Dr. Dr. Heinrich Megow, (13b), Rosenheim (Obb.), Bahnhofstraße 5,  
Dr. Hans Pinckernelle, (22a) Duisburg, Mülheimer Straße 50,  
Dr. Bernhard Reismann, (21a) Münster i/Westf., Kirchstraße 58.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Herr Dr. Dr. Megow hat mir die anliegende Eingabe  
des Vereins der Steuerberater und Helfer in Steuersachen in Bayern  
vom 24. November 1949 übersandt, die an den Bundestag und den Bun-  
desrat gerichtet ist. Herr Dr. Megow hat dazu folgendes bemerkt:

" Ich rege an, eine sachlich gleichartige Eingabe  
an das Bundesministerium der Finanzen in Bonn zu richten,  
jedoch stelle ich anheim, die Gesetzesänderung dergestalt  
anzustreben, daß lediglich Kosten eines bevollmächtigten  
Rechtsanwaltes zu ersetzen sind. "

Ich darf Sie um baldige Stellungnahme zu diesem  
Vorschlag bitten. Mir will es zweifelhaft erscheinen, ob ein An-  
trag, daß nur die Kosten eines Rechtsanwalts erstattungspflichtig  
sein sollen, Aussicht auf Erfolg hat. Ich bitte Sie auch um Mit-  
teilung, ob nach Ihrer Meinung mit Aussicht auf Erfolg beantragt  
werden kann, daß die Kosten eines Rechtsanwalts grundsätzlich  
oder nur dann erstattungspflichtig sein sollen, wenn die Zuziehung  
notwendig war.

Mit kollegialer Hochachtung  
Deutscher Anwaltverein

1 Anlage.

(Dr. Emil von Sauer)  
1. Vorsitzender



(24a) Hamburg 36  
Sivestergasse 1  
Zivilgerichtshaus, Altona  
2. Stock, Zimmer 700  
Telefon: 35 37 41

16. Dezember 1943

8. Dez. 1943

Herrn  
Rechtsanwalt

D. H. H. H. H.

(22a)

Einvernahme

Gleichzeitig an die Herren Rechtsanwälte  
Dr. Wolf Meyer, (24a) Hamburg 17, Larkallee 98,  
Dr. August Wittenberg (27a) München 19, Ringstrasse 7,  
Dr. Dr. o. c. Hermann Reimann, (17a) Heidelberg, Neuenheimer Land-  
str. 4,  
Dr. Arnold Jahn, (22a) Krefeld, Tiergartenstrasse 10,  
Dr. Dr. Helmut Meyer, (17a) Krefeld, (17a) Krefeld, (17a) Krefeld,  
Dr. Hans Reimann, (22a) Krefeld, (22a) Krefeld, (22a) Krefeld,  
Dr. Hermann Reimann, (22a) Krefeld, (22a) Krefeld, (22a) Krefeld.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Herr Dr. Dr. Meyer hat mir die anliegende Eingabe  
des Vereins der Steuerberater und Helfer in Steuerfragen im Bayern  
von 24. November 1943 übersandt, die an den Bundesrat und den Bun-  
desrat gerichtet ist. Herr Dr. Meyer hat dann folgendes bemerkt:

"Ich teile an, eine sachliche, gleichzeitige Eingabe  
an das Bundesministerium der Finanzen in Bonn zu richten,  
jedoch stelle ich anheim, die Kostenänderung der Eingabe  
anzuerkennen, das lediglich Kosten eines Bevollmächtigten  
Rechtsanwaltes zu ersetzen sind."

Ich darf Sie um baldige Stellungnahme zu diesem  
Vorschlag bitten. Mir will es zweifelhaft erscheinen, ob die An-  
frage, nur die Kosten eines Rechtsanwaltes erstattungsfähig  
sein sollen, Aussicht auf Erfolg hat. Ich bitte Sie auch um Mit-  
teilung, ob nach Ihrer Meinung mit Aussicht auf Erfolg beantragt  
werden kann, daß die Kosten eines Rechtsanwaltes grundsätzlich  
oder nur dann erstattungsfähig sein sollen, wenn die Bezahlung  
notwendig war.

Mit kollegialer Hochachtung  
Deutscher Anwaltverein

(Dr. Paul von Sauer)  
I. Vorsitzender



Abschrift einer Abschrift.

Verein der Steuerberater und Steuerhelfer in Bayern e.V. München  
Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft.

An den  
Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und  
den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland  
Bonn / Rhein.

München, den 24.11.49  
Widenmayerstr. 2 L/Kr.  
Telefon 1936  
Post.Kto. 5704

E i n g a b e

Betr.: Erstattung der Kosten für Bevollmächtigte und Bei-  
stände im steuerlichen Rechtsmittelverfahren.

Nach der Wiedereinführung der Finanzgerichte ist auch das steuerliche Rechtsmittelverfahren wieder auf die normale Vorkriegsgrundlage gestellt. Vor den Steuergerichten stehen sich nunmehr wieder die Finanzverwaltung und der Steuerpflichtige als gleichberechtigte Parteien gegenüber. Bei der dadurch bedingten Annäherung des Verfahrens an die Regeln für den bürgerlichen Zivilprozeß sollten daher auch die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Tragung und Erstattung der Prozeßkosten denen des bürgerlichen Rechts wieder angeglichen werden. Hinsichtlich der Kostenpflicht selbst sind diese Frage in §§ 307 ff AO befriedigend gelöst, § 316 AO sieht auch die Erstattung notwendiger Auslagen an den Stpfl. im Falle seines Obsiegens vor. Eingeschränkt ist diese Erstattungspflicht jedoch in einem sehr wichtigen Punkte durch § 316 Satz 3 AO: Danach hat der Stpfl. keinen Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes entstanden sind.

Vom Inkrafttreten der AO im Jahre 1919 bis zum 31.12.1930 waren solche Kosten nach § 283 Abs. 2 AO (alte Fassung) erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes notwendig war.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v.1.12.1930 wurde dieser Erstattungsanspruch lediglich aus Sparsamkeitsgründen beseitigt und zwar mit fester zeitlicher Begrenzung bis zum 31.3.34 (Dritter Teil Kap.IV Ziff.71 Art. 1 § 294 AO).

Die völlige Abschaffung dieses Rechtes ist erst in den Zeiten des Dritten Reiches angeordnet worden. (Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen v.1.12.36 Abschnitt III Ziff. 68).

Recht und Billigkeit verlangen, daß dieses alte Recht der Stpfl. so schnell als möglich in dem überkommenen Umfang wieder hergestellt wird. Bei der Rechtsunsicherheit auf steuerlichem Gebiet, die vor allem durch den häufigen Wechsel in der Steuergesetzgebung verursacht ist, bei der ungleichmäßigen Verwaltungspraxis, selbst innerhalb der einzelnen Finanzämter und bei den heutigen hohen Steuersätzen ist der Stpfl. in weit größerem Umfang zur Einlegung von Rechtsmitteln genötigt, als dies in der früheren Zeit der Fall war.

Die eigene Durchfechtung eines solchen Steuerprozesses ist ihm bei der noch immer wachsenden Kompliziertheit aller steuerlichen Vorschriften nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, sodaß er fast durchweg auf die Inanspruchnahme der steuerberatenden Berufe angewiesen ist. Unter diesen Umständen kann es den Stpfl. nicht zugemutet werden, die hierdurch bedingten zusätzlichen Kosten aus eigener Tasche auch dann zu zahlen, wenn sich im Rechtsmittelverfahren herausstellt, daß das Finanzamt infolge unrichtiger Anwendung der gesetzlichen Vorschriften oder ungenügender Aufklärung des Sachverhalts, eine zu hohe Steuer festgesetzt hatte. Mit Genugtuung haben wir davon Kenntnis genommen, daß diese Frage auch vom Industrie- und Handelstag in einer Eingabe vom Oktober ds.Js. angeschnitten worden ist.

Wir



Verein der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten in Bayern e.V. München  
der Fachbereich 177 Steuer und Wirtschaft

München, den 24.11.49  
Wiederabgegeben: 2  
Telefon 1935  
Postfach 5704

An den  
Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und  
den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland  
in Bonn

Einleitung

Betr.: Erneuerung der Kosten für Bevollmächtigte und Be-  
stünde im steuerlichen Rechtsmittelverfahren.

Nach der Wiederherstellung der Finanzgerichtsbarkeit ist auch das steuerliche  
Rechtsmittelverfahren wieder auf die normale Verhältnisse zurückzuführen.  
Vor der Steuergerichtsbarkeit stehen sich nunmehr wieder die Finanzverwaltung  
und der Steuerpflichtige als gleichberechtigte Parteien gegenüber. Bei  
der letzten Verfügung des Verwaltungsamtes ist die Sache in der  
Rechtsmittelinstanz zu verhandeln. Es ist daher auch die Bestimmung über die  
Kosten der Verhandlung zu treffen. Die Kosten der Verhandlung sollen dem  
Verpflichteten zu Lasten kommen und erstattung der Kosten durch den Staat  
geschieht. Bei der Verhandlung werden wieder angeklagt werden. Hinsichtlich der Kosten  
selbst sind diese Frage in § 507 ff. AO behandelt. § 507 AO  
sagt auch die Kosten der Verhandlung sollen dem Staat zu Lasten  
kommen. Ob das vor. Angeklagter ist diese Entscheidung ist jedoch  
in einem sehr wichtigen Punkte durch § 507 AO. Danach hat der  
Stell. keinen Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch Ausübung  
eines Bevollmächtigten oder Beistandes entstanden sind.

Von Inkrafttreten der AO im Jahre 1919 bis zum 31.12.1938 waren folgende  
Kosten nach § 507 AO (alte Fassung) zu erstatten, wenn die  
Bestand eines Bevollmächtigten oder Beistandes notwendig war.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und  
Finanzen v. 1.12.1938 wurde dieser Erstattungsanspruch beseitigt und  
Erstattungsanspruch beseitigt und zwar mit Kosten seitlicher Bestimmung  
die aus § 507 AO (Bürgerl. Ges. v. 1919) Art. 1 § 24 AO).

Die völlige Abschaffung dieses Rechtes ist erst in den Kosten der  
den Parteien anzuwenden worden. (Kinführungsgesetz zu dem Reichs-  
gesetz v. 1.12.38 Abschnitt III Ziff. 68).

Nicht und Billigkeit verlangen, das dieses als Recht der Stell. so  
schnell als möglich in dem oben genannten Umfang wieder hergestellt wird.  
Bei der Rechtsmittelinstanz auf steuerliche Streitigkeiten, die vor allem durch  
den häufigen Wechsel in der Staatsregierung verursacht ist, bei der  
unzureichenden Verwaltungsmittel, selbst innerhalb der einzelnen Finanz-  
ämter und bei den häufigen hohen Steuerfällen ist der Stell. in weit  
größeren Umfang zur Hinführung von Rechtsmitteln gezwungen, als dies in der  
früheren Zeit der Fall war.

Die eigene Durchführung eines solchen Steuerprozesses ist ihm bei der  
noch immer wachsenden Komplexität aller steuerlichen Verhältnisse  
nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, so daß er fast durchweg auf die  
Inanspruchnahme der steuerberatenden Berufsangehörigen ist. Unter diesen  
Umständen kann es dem Stell. nicht zugemutet werden, die dadurch be-  
dingten zusätzlichen Kosten aus eigener Tasche auch dann zu zahlen, wenn  
auch im Rechtsmittelverfahren Verfahrenskosten bekannt sind, das Finanzamt infolge  
unrichtiger Anwendung der gesetzlichen Vorschriften oder unangemessener  
Aufführung des Sachverhalts, eine zu hohe Steuer festgesetzt hat. Mit  
Gewissen haben wir davon Kenntnis genommen, das diese Frage auch von  
Industrie- und Handelskammern in einer Sitzung vom Oktober d. J. erörtert  
sein werden ist.



Mannheim, den 21. Dez. 1949.  
Dr.O./S.

Herrn Dr. Heimerich:

Ich hoffe, daß ich mit der anliegenden Beantwortung eines Schreibens des Deutschen Anwaltsvereins in Ihrem Sinne gehandelt habe. Ich möchte es Ihnen selbst überlassen, den Deutschen Anwaltsverein darauf hinzuweisen, daß Ihre Zulassung als Rechtsanwalt zur Zeit ruht. M.E. muß hierdurch Ihre Mitgliedschaft in Ausschüssen des Deutschen Anwaltsvereins nicht berührt werden.

*h*







Wir bitten ebenfalls unter bewußtem Verzicht auf weitergehende Forderungen, die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschlands mit größter Beschleunigung dafür Sorge zu tragen, daß der § 316 AO wieder die folgende Fassung erhält:

" Soweit dem Steuerpflichtigen keine Kosten auferlegt werden, sind ihm notwendige Auslagen zu erstatten. Auf Entschädigung für Zeitversäumnis hat er keinen Anspruch. Die Kosten der Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes sind nur erstattungsfähig, wenn die Zuziehung notwendig war. Handelt es sich um Rechtsanwälte, so richtet sich die Höhe ihrer Gebühren nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. "

Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft

Der Vorsitzende

Der Referent

gez. W. Marquardt  
(Willy Marquardt)

gez. Hasso v. Nostiz.  
(Hasso v. Nostiz)

Steuerberater

Helfer in Steuersachen



Wir bitten ebenfalls unter bewußtem Verzicht auf weitergehende Forderungen, die Gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschland mit größter Beschleunigung dafür Sorge zu tragen, daß der § 71e AO wieder die folgende Fassung erhält:

"Bewelt dem Steuerpflichtigen keine Kosten auferlegt werden, sind ihm notwendige Ausgaben zu erstatten. Auf Entschädigung für Selbstverschulden hat er keinen Anspruch. Die Kosten der Erziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes sind nur erstattungsfähig, wenn die Erziehung notwendig war. Handelt es sich um Rechtsanwaltskosten, so richtet sich die Höhe ihrer Gebühren nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte."

Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft	Der Vorsitzende
Der Referent	Gen. W. Karpman
Gen. Hans v. Kottitz	(Willy Karpman)
(Hans v. Kottitz)	Steuerberater
Helfer in Steuerangelegenheiten	



21. Dez. 1949.

Dr.O./S.

An den  
Deutschen Anwaltsverein  
z.Hd. des 1. Vorsitzenden,  
Herrn Rechtsanwalt Dr.Emil von Sauer  
H a m b u r g 36  
Sievekingplatz 1

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir bestätigen dankend den Empfang der Abschrift  
Ihres Schreibens vom 16.12.49 an Herrn Kollegen Herting  
in Düsseldorf in der Frage der Anwaltskosten in steuer-  
lichen Rechtsmittelverfahren. Herr Dr. Heimerich ist  
bereits in Urlaub gefahren, sodaß er Ihr Schreiben lei-  
der vorerst nicht persönlich erledigen kann.

Dem Unterzeichneten, der sich mit dieser Frage  
schon in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeits-  
ausschusses Steuern industrieller Wirtschaftsverbände  
befaßt hat, sei es aber gestattet, zu der Eingabe fol-  
gendes zu bemerken:

Ich halte es für wesentlich, daß die Kosten eines  
Rechtsanwalts im steuerlichen Rechtsmittelverfahren  
grundsätzlich erstattungsfähig sein müssen. Eine Fas-  
sung des § 316 AO, wie sie von dem Verein der Steuer-  
berater und Steuerhelfer in Bayern vorgeschlagen ist,  
könnte von der Finanzverwaltung leicht durch Durchfüh-  
rungsbestimmungen oder Richtlinien ausgehöhlt werden.  
In dieser Beziehung hat die steuerliche Praxis ja schon  
reiche Erfahrungen machen müssen. Wir verweisen nur auf  
die Erlasse der Finanzverwaltung über die Auslegung



Dr. O. A.

an den  
Kassen der Anwaltschaft  
Kassa des A. O. A.  
Herrn Rechtsanwalt Dr. O. A. von 1949

21. Juni 1949  
Herrn Rechtsanwalt I

Herrn Rechtsanwalt Herrn Kollege!

Wir bestätigen dankend den Inhalt der Abschrift  
Ihrer Bescheid vom 18.12.48 an Herrn Kollegen Herr  
in Düsseldorf in der Lage der Anwaltschaft in einem  
Ihren Rechtsanwalt Herrn Dr. O. A. Herrmann ist  
besten in Urlaub gegangen, auch er ist ebenfalls in  
der vorerst nicht persönlich erledigen kann.

Der Rechtsanwalt Herr O. A. Herrmann ist  
auch in einer Angelegenheit als Mitglied des  
Anwaltsverbandes der Anwaltschaft in Düsseldorf  
besten ist, und er ist ebenfalls in der Lage der  
Anwaltschaft in Düsseldorf.

Ist heute es ist wesentlich, daß die Kosten eines  
Rechtsanwalts in der Anwaltschaft der Anwaltschaft  
Grundlagen der Anwaltschaft sein müssen. Eine  
auch des § 216 Abs. 1, wie sie von dem Verein der  
Rechtsanwalts und Rechtsanwälte in Düsseldorf  
Könnte von der Anwaltschaft durch den  
Rechtsanwaltsverband oder Rechtsanwalt  
In dieser Beziehung hat die Anwaltschaft Praxis ja schon  
reine Erfahrungen machen können. Wir verstehen nur  
die Anwaltschaft der Anwaltschaft durch die Anwaltschaft



des § 7 c des Einkommensteuergesetzes, die den Sinn dieser Steuerbegünstigung praktisch völlig auf den Kopf stellen. Das heutige Steuerrecht ist allgemein so kompliziert worden und wird es auch noch lange Zeit bleiben, daß von vornherein in jedem steuerlichen Rechtsmittelverfahren die Zuziehung eines Anwalts oder Steuerberaters als notwendig erscheint. Schon allein die Tatsache der Notwendigkeit einer Rechtsmitteleinlegung und des Obsiegens im Rechtsmittelverfahren müssen genügen, um die Notwendigkeit der Zuziehung eines Rechtsanwalts oder Steuerberaters zu beweisen.

Selbstverständlich darf die Erstattungspflicht nicht auf die Kosten eines Rechtsanwalts beschränkt werden, sondern es müssen auch die Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Helfer in Steuersachen einbezogen werden, kurz alle berufsmäßigen Vertreter in Steuersachen.

Die Erfolgsaussichten eines solchen Antrags sind natürlich schwer zu beurteilen. Man sollte sich aber m.E. durch einen anfänglichen Mißerfolg nicht entmutigen lassen, und diese nicht nur für die Anwaltschaft und Steuerberatenden Berufe, sondern auch für die weiten Kreise der Steuerzahler wichtige Angelegenheit so lange weiter verfolgen, bis ein befriedigendes Ergebnis erzielt ist. Ich selbst bin bereit, diese Bestrebungen im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten als Mitglied des Arbeitsausschusses Steuern industrieller Wirtschaftsverbände in weitgehendem Maße zu unterstützen, und bitte deshalb, mich über Ihre weiteren Schritte auf dem laufenden zu halten. M.W. ist auch der angeschriebene Kollege Dr. Pinckernelle Mitglied dieses Ausschusses.

Mit kollegialer Hochachtung!

gez. Dr. Otto

(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.



des § 7 des Einkommensteuergesetzes, die den Einkommensteuergesetz  
Steuerbefreiung praktisch völlig auf den Kopf stellen.  
Das heutige Steuerrecht ist allgemein so kompliziert wor-  
den und wird es noch mehr, daß es für den Steuerpflichtigen  
schon in jedem einzelnen wirtschaftlichen Verfahren die Be-  
stimmung eines einzigen Steuerbetrags als notwendig  
erscheint. Schon allein die Tatsache der Notwendigkeit einer  
Rechenleistung, ob der Besteuerung im Einkommensteu-  
fahren einen Gehalt, um die Notwendigkeit der Besteuerung  
eines bestimmten oder Steuerbetrags zu beweisen.

Beispielsweise kann die Besteuerungspflicht nicht  
auf die Kosten eines Kochgeschäfts beschränkt werden, sondern  
es müssen auch die anderen Kosten, die der Steuerpflichtige  
für die Erreichung eines bestimmten Zweckes, hier die Ver-  
meidung von Steuern zu zahlen hat.

Die Einkommensteuer ist ein solches Abstraktes und natu-  
rlich schwer zu verstehen. Man sollte sich aber nicht durch  
einen anfänglichen Mißerfolg nicht entmutigen lassen, und  
dies nicht nur für die Anwältenschaft und Steuerberater  
gilt, sondern auch für die meisten Teile der Steuerpflich-  
tigen. Wichtige Angelegenheiten so lange weiter verfolgen, bis ein  
befriedigendes Ergebnis erreicht ist. Ich selbst bin bereit,  
diese Bestrebungen in Rahmen der mir zur Verfügung stehenden  
Möglichkeiten als Mitglied des Arbeitsausschusses Steuern  
industrieller Wirtschaftskreise in weitgehendem Maße zu  
unterstützen, um diese Zwecke, wie über ihre weiteren  
Schritte auf den laufenden zu bleiben. Ich bin auch der  
angenehmsten Kollaboration für die Fortsetzung dieses  
Anschusses.

Mit kollektiver Hochachtung!

Gez. Dr. Otto

(Dr. Otto)  
Rechenmeister



21. Dez. 1949.

An den  
Arbeitssausschuß Steuern  
industrieller Wirtschaftsverbände  
Düsseldorf

Dr.O./S. ...

Sehr geehrter Herr Dr. Ganser!

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift einer Eingabe des Vereins der Steuerberater und Helfer in Steuersachen in Bayern vom 24.11.49 in der Frage der Anwaltskosten in steuerlichen Rechtsmittelverfahren zur gefl. Kenntnisnahme.

M.E. ist es gefährlich, die Erstattung der Anwaltskosten von der Notwendigkeit der Zuziehung abhängig zu machen. Nach den üblichen Erfahrungen wird dann die Finanzverwaltung Durchführungsbestimmungen oder Richtlinien herausgeben, die so scharfe Anforderungen an die Notwendigkeit stellen, daß sich an der Rechtslage durch eine Änderung des § 316 AO. im vorgeschlagenen Sinne nichts ändern würde. Wenn man die Kosten für die Hinzuziehung eines Anwalts nicht schlechthin für erstattungsfähig ansehen will, dann sollte man doch wenigstens schon im Gesetz definieren, in welchen Fällen die Notwendigkeit ohne weiteres bejaht werden muß. Die Regelung müßte dahin gehen, daß nur in Ausnahmefällen offensichtlich einfacher Lagerung keine Anwaltskosten erstattungsfähig sind. Am zweckmäßigsten wäre natürlich, wenn man einfach die Regelung des § 91 ZPO übernehmen würde,



nach dessen Absatz 2 "die Gebühren und Auslagen des Rechts-  
anwalts der obliegenden Partei in allen Prozessen zu er-  
statten sind".

Mit freundlicher Begrüßung!

gez. Dr. Otto

(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.

1 Anl.

Sehr geehrter Herr Dr. Otto!

In der Anlage befindet sich Ihnen Abschrift einer  
Einsicht des Protokolls der Verhandlung und Verhandlung  
2. Verhandlung in Bayern vom 24.11.19 in der Frage der  
Anwaltskosten in steuerlichen Rechtsmittelverfahren nach  
§ 11. Kostenansatz.

§ 11. ist zu verstehen, die Bestimmung der Anwalts-  
kosten von der Notwendigkeit der Zustellung abhängt zu  
sprechen. Nach den obigen Umständen wird somit die  
Finanzverwaltung, die die Kosten der Anwaltskosten oder nicht  
finanziell herausgeben, die es erfordert Anforderungen an die  
Notwendigkeit erfüllen, das also an der Notwendigkeit durch  
eine Änderung des § 11. 10. in vorgeschlagenen Sinne  
nicht ändern würde, wenn man die Kosten für die Anwalts-  
kosten eines Anwalts nicht einschließen für erstattung-  
fähig ansehen will, dann sollte man doch nicht statt  
schon in Gesetz enthalten, in welchen Fällen die Not-  
wendigkeit ohne Weiteres bejaht werden soll. Die Regelung  
müßte dahin gehen, daß nur in Ausnahmefällen die Notwen-  
digkeit einer Lage keine Anwaltskosten erstatten  
fähig sind. Am zweckmäßigsten wäre natürlich, wenn man  
einfach die Regelung des § 11. 10. übernehmen würde.



# Deutscher Anwaltverein

~~XXXXXXXXXX~~  
~~Nord-West~~

Fernsprecher: 35 37 41

Postscheckkonto: Hamburg 517 22

Herrn  
Rechtsanwalt

Dr. Heinz G. C. O t t o ,

(17a) M a n n h e i m ,  
Friedrichsplatz 1,  
Fürstenberghaus.

(24a) Hamburg 36, 28. Dezember 1949.

Sievekingplatz 1

Ziviljustizgebäude, Anbau, 2. Stock, Zimmer 700

- 2. Jan. 1950

Sehr geehrter Herr Kollege!

Betr.: Erstattung der Kosten für Bevollmächtigte in  
finanzgerichtlichen Verfahren.

---

Für Ihr Schreiben vom 21. ds. Mts. danke ich Ihnen verbindlichst. Sobald der Gesetzgebungsausschuß für Steuerrecht einen Beschluß gefaßt hat, werde ich Ihnen eine weitere Mitteilung machen und dann gern von der Hilfe Gebrauch machen, die Sie angeboten haben.

Mit kollegialer Hochachtung  
Deutscher Anwaltverein

*Emil von Sauer*

(Dr. Emil von Sauer)  
1. Vorsitzender







Mannheim, den 21. Dez. 1949.  
Dr.O./S.

*ab 22/12.*

Herrn Dr. Heimerich:

Ich hoffe, daß ich mit der anliegenden Beantwortung eines Schreibens des Deutschen Anwaltsvereins in Ihrem Sinne gehandelt habe. Ich möchte es Ihnen selbst überlassen, den Deutschen Anwaltsverein darauf hinzuweisen, daß Ihre Zulassung als Rechtsanwalt zur Zeit ruht. M.E. muß hierdurch Ihre Mitgliedschaft in Ausschüssen des Deutschen Anwaltsvereins nicht berührt werden.

*U*



Landesrat, am 21. Dez. 1949.

Dr. O. S.

an die

Frau Dr. Reimer

Ich hoffe, das ich die entgegengegangene Antwort  
einer Tochter des Deutschen Anwaltsvereins in Ihren  
Sinnem geändert habe. Ich möchte es Ihnen selbst über-  
lassen, den Deutschen Anwaltsverein davon in Kenntnis zu  
setzen. Ihre Teilnahme als Beobachterin ist seit dem 1.1.  
mit Wirkung Ihre Mitgliedschaft in Anwaltsvereinen des  
Deutschen Anwaltsvereins nicht verliert werden.

W



21. Dez. 1949.

ab 21/12.

Dr.O./S.

An den  
Deutschen Anwaltsverein  
z.Hd. des 1. Vorsitzenden,  
Herrn Rechtsanwalt Dr.Emil von Sauer  
H a m b u r g 36  
Sievekingplatz 1

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir bestätigen dankend den Empfang der Abschrift  
Ihres Schreibens vom 16.12.49 an Herrn Kollegen Herting  
in Düsseldorf in der Frage der Anwaltskosten in steuer-  
lichen Rechtsmittelverfahren. Herr Dr. Heimerich ist  
bereits in Urlaub gefahren, sodaß er Ihr Schreiben lei-  
der vorerst nicht persönlich erledigen kann.

Dem Unterzeichneten, der sich mit dieser Frage  
schon in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeits-  
ausschusses Steuern industrieller Wirtschaftsverbände  
befaßt hat, sei es aber gestattet, zu der Eingabe fol-  
gendes zu bemerken:

Ich halte es für wesentlich, daß die Kosten eines  
Rechtsanwalts im steuerlichen Rechtsmittelverfahren  
grundsätzlich erstattungsfähig sein müssen. Eine Fas-  
sung des § 316 AO, wie sie von dem Verein der Steuer-  
berater und Steuerhelfer in Bayern vorgeschlagen ist,  
könnte von der Finanzverwaltung leicht durch Durchfüh-  
rungsbestimmungen oder Richtlinien ausgehöhlt werden.  
In dieser Beziehung hat die steuerliche Praxis ja schon  
reiche Erfahrungen machen müssen. Wir verweisen nur auf  
die Erlasse der Finanzverwaltung über die Auslegung





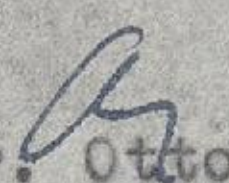


des § 7 c des Einkommensteuergesetzes, die den Sinn dieser Steuerbegünstigung praktisch völlig auf den Kopf stellen. Das heutige Steuerrecht ist allgemein so kompliziert worden und wird es auch noch lange Zeit bleiben, daß von vornherein in jedem steuerlichen Rechtsmittelverfahren die Zuziehung eines Anwalts oder Steuerberaters als notwendig erscheint. Schon allein die Tatsache der Notwendigkeit einer Rechtsmitteleinlegung und des Obsiegens im Rechtsmittelverfahren müssen genügen, um die Notwendigkeit der Zuziehung eines Rechtsanwalts oder Steuerberaters zu beweisen.

Selbstverständlich darf die Erstattungsspflicht nicht auf die Kosten eines Rechtsanwalts beschränkt werden, sondern es müssen auch die Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Helfer in Steuersachen einbezogen werden, kurz alle berufsmäßigen Vertreter in Steuersachen.

Die Erfolgsaussichten eines solchen Antrags sind natürlich schwer zu beurteilen. Man sollte sich aber m.E. durch einen anfänglichen Mißerfolg nicht entmutigen lassen, und diese nicht nur für die Anwaltschaft und Steuerberatenden Berufe, sondern auch für die weiten Kreise der Steuerzahler wichtige Angelegenheit so lange weiter verfolgen, bis ein befriedigendes Ergebnis erzielt ist. Ich selbst bin bereit, diese Bestrebungen im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten als Mitglied des Arbeitsausschusses Steuern industrieller Wirtschaftsverbände in weitgehendem Maße zu unterstützen, und bitte deshalb, mich über Ihre weiteren Schritte auf dem laufenden zu halten. M.W. ist auch der angeschriebene Kollege Dr. Pinckernelle Mitglied dieses Ausschusses.

Mit kollegialer Hochachtung!

  
(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt.



12



Abschrift.

Verein der Steuerberater und Steuerhelfer in Bayern e.V. München  
Der Fachauschuß für Steuer und Wirtschaft.

-----

An den  
Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und  
den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland  
B o n n / Rhein

München, den 24.11.49  
Widenmayerstr. 2 L/Kr.  
Telefon 1936  
Post.Kto. 5704

E i n g a b e

Betr.: Erstattung der Kosten für Bevollmächtigte und Bei-  
stände im steuerlichen Rechtsmittelverfahren.

Nach der Wiedereinführung der Finanzgerichte ist auch das steuerliche Rechtsmittelverfahren wieder auf die normale Vorkriegsgrundlage gestellt. Vor den Steuergerichten stehen sich nunmehr wieder die Finanzverwaltung und der Steuerpflichtige als gleichberechtigte Parteien gegenüber. Bei der dadurch bedingten Annäherung des Verfahrens an die Regeln für den bürgerlichen Zivilprozeß sollten daher auch die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Tragung und Erstattung der Prozeßkosten denen des bürgerlichen Rechts wieder angeglichen werden. Hinsichtlich der Kostenpflicht selbst sind diese Frage in § 307 ff AO befriedigend gelöst, § 316 AO sieht auch die Erstattung notwendiger Auslagen an den Stpfl. im Falle seines Obsiegens vor. Eingeschränkt ist diese Erstattungspflicht jedoch in einem sehr wichtigen Punkte durch § 316 Satz 3 AO: Danach hat der Stpfl. keinen Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes entstanden sind.

Vom Inkrafttreten der AO im Jahre 1919 bis zum 31.12.1930 waren solche Kosten nach § 288 Abs. 2 AO (alte Fassung) erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes notwendig war.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v.1.12.1930 wurde dieser Erstattungsanspruch lediglich aus Sparsamkeitsgründen beseitigt, und zwar mit fester zeitlicher Begrenzung bis zum 31.3.34 (Dritter Teil Kap.IV Ziff. 71 Art. 1 § 294 AO).

Die völlige Abschaffung dieses Rechtes ist erst in den Zeiten des Dritten Reiches angeordnet worden. (Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen v.1.12.36 Abschnitt III Ziff. 68).



1. 1. 1938  
 2. 1. 1938  
 3. 1. 1938  
 4. 1. 1938  
 5. 1. 1938  
 6. 1. 1938  
 7. 1. 1938  
 8. 1. 1938  
 9. 1. 1938  
 10. 1. 1938  
 11. 1. 1938  
 12. 1. 1938  
 13. 1. 1938  
 14. 1. 1938  
 15. 1. 1938  
 16. 1. 1938  
 17. 1. 1938  
 18. 1. 1938  
 19. 1. 1938  
 20. 1. 1938  
 21. 1. 1938  
 22. 1. 1938  
 23. 1. 1938  
 24. 1. 1938  
 25. 1. 1938  
 26. 1. 1938  
 27. 1. 1938  
 28. 1. 1938  
 29. 1. 1938  
 30. 1. 1938  
 31. 1. 1938  
 32. 1. 1938  
 33. 1. 1938  
 34. 1. 1938  
 35. 1. 1938  
 36. 1. 1938  
 37. 1. 1938  
 38. 1. 1938  
 39. 1. 1938  
 40. 1. 1938  
 41. 1. 1938  
 42. 1. 1938  
 43. 1. 1938  
 44. 1. 1938  
 45. 1. 1938  
 46. 1. 1938  
 47. 1. 1938  
 48. 1. 1938  
 49. 1. 1938  
 50. 1. 1938  
 51. 1. 1938  
 52. 1. 1938  
 53. 1. 1938  
 54. 1. 1938  
 55. 1. 1938  
 56. 1. 1938  
 57. 1. 1938  
 58. 1. 1938  
 59. 1. 1938  
 60. 1. 1938  
 61. 1. 1938  
 62. 1. 1938  
 63. 1. 1938  
 64. 1. 1938  
 65. 1. 1938  
 66. 1. 1938  
 67. 1. 1938  
 68. 1. 1938  
 69. 1. 1938  
 70. 1. 1938  
 71. 1. 1938  
 72. 1. 1938  
 73. 1. 1938  
 74. 1. 1938  
 75. 1. 1938  
 76. 1. 1938  
 77. 1. 1938  
 78. 1. 1938  
 79. 1. 1938  
 80. 1. 1938  
 81. 1. 1938  
 82. 1. 1938  
 83. 1. 1938  
 84. 1. 1938  
 85. 1. 1938  
 86. 1. 1938  
 87. 1. 1938  
 88. 1. 1938  
 89. 1. 1938  
 90. 1. 1938  
 91. 1. 1938  
 92. 1. 1938  
 93. 1. 1938  
 94. 1. 1938  
 95. 1. 1938  
 96. 1. 1938  
 97. 1. 1938  
 98. 1. 1938  
 99. 1. 1938  
 100. 1. 1938



Recht und Billigkeit verlangen, daß dieses alte Recht der Stpfl. so schnell als möglich in dem überkommenen Umfang wieder hergestellt wird. Bei der Rechtsunsicherheit auf steuerlichem Gebiet, die vor allem durch den häufigen Wechsel in der Steuergesetzgebung verursacht ist, bei der ungleichmäßigen Verwaltungspraxis, selbst innerhalb der einzelnen Finanzämter und bei den heutigen hohen Steuersätzen ist der Stpfl. in weit größerem Umfang zur Einlegung von Rechtsmitteln genötigt, als dies in der früheren Zeit der Fall war.

Die eigene Durchfechtung eines solchen Steuerprozesses ist ihm bei der noch immer wachsenden Kompliziertheit aller steuerlichen Vorschriften nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, sodaß er fast durchweg auf die Inanspruchnahme der steuerberatenden Berufe angewiesen ist. Unter diesen Umständen kann es den Stpfl. nicht zugemutet werden, die hierdurch bedingten zusätzlichen Kosten aus eigener Tasche auch dann zu zahlen, wenn sich im Rechtsmittelfverfahren herausstellt, daß das Finanzamt infolge unrichtiger Anwendung der gesetzlichen Vorschriften oder ungenügender Aufklärung des Sachverhalts, eine zu hohe Steuer festgesetzt hatte. Mit Genugtuung haben wir davon Kenntnis genommen, daß diese Frage auch vom Industrie- und Handelstag in einer Eingabe vom Oktober ds.Js. angeschnitten worden ist.

Wir bitten ebenfalls unter bewußtem Verzicht auf weitergehende Forderungen, die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschlands mit größter Beschleunigung dafür Sorge zu tragen, daß der § 316 AO wieder die folgende Fassung erhält:

"Soweit dem Steuerpflichtigen keine Kosten auferlegt werden, sind ihm notwendige Auslagen zu erstatten. Auf Entschädigung für Zeitversäumnis hat er keinen Anspruch. Die Kosten der Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes sind nur erstattungsfähig, wenn die Zuziehung notwendig war. Handelt es sich um Rechtsanwälte, so richtet sich die Höhe ihrer Gebühren nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte".

Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft

Der Vorsitzende  
gez. W. Marquardt  
(Willy Marquardt)  
Steuerberater

Der Referent  
gez. Hasso v. Nostitz  
(Hasso v. Nostitz)  
Helfer in Steuersachen



... Billigkeit verstanden, das diese eine Recht der  
Stell. so schnell als möglich in den übernommenen Umfang  
einer Person stellt wird. Der der Rechtschaffenheit der  
ständlichen Arbeit, die vor allen durch den ständigen  
sel in der Abgrenzung der Verantwortung liegt, der der  
gleichmäßigen Verteilung der Arbeit, selbst innerhalb der ein-  
zelnen Abteilungen und der den einzelnen Abteilungen  
ist der Stille. In weit größerer Umfang zur Verfügung von  
Rechtschaffenheit genügt, als dies in der früheren Zeit der  
Fall war.

Die eigene Arbeitsteilung eines solchen Organismus ist  
in der der noch immer wachsenden Komplexität aller  
atomistischen Vorrichtungen der in der Abgrenzung der  
Mittel, wobei es fast durchweg auf die Abgrenzung der  
der ständigen Arbeit beruht. Unter diesen  
Umständen kann es der Stille nicht an der Arbeit werden, die  
hierbei bedingten atomistischen Arbeit der eigenen Sache  
auch dann zu sein, wenn sich in der atomistischen Arbeit  
herausstellt, das das Wissen der atomistischen Arbeit  
dang der atomistischen Arbeit nicht oder weniger als  
Klang der atomistischen Arbeit zu sein. Die Arbeit der  
Mittel der atomistischen Arbeit wird durch die Arbeit  
das diese Arbeit von der Arbeit und der Arbeit in der  
Mittel der Arbeit der Stille. Die Arbeit der Stille  
ist nicht ebenfalls unter der Arbeit der Stille  
nicht vorhanden, die Arbeit der Stille der Arbeit  
gibt die Arbeit der Stille mit der Arbeit der Stille  
zu tragen, das der Stille die Arbeit der Stille er-  
hält.

"Soweit der atomistischen Arbeit keine Arbeit  
wird, sind die atomistische Arbeit zu verstehen. In  
atomistischen der Arbeit der Stille der Arbeit der  
Arbeit. Die Arbeit der Arbeit der Stille der Arbeit  
von der Arbeit der Stille der Arbeit der Stille, wenn die  
Arbeit der Stille der Arbeit der Stille der Arbeit der  
Arbeit, so richtet sich die Arbeit der Stille der Arbeit  
der Arbeit der Stille der Arbeit der Stille."

Der Vorsitzende	Der Vorsitzende
Gen. v. Harnack	Gen. v. Harnack
(Harnack v. Harnack)	(Harnack v. Harnack)
Stabschef	Stabschef
Der Stabschef	Der Stabschef
Gen. v. Harnack	Gen. v. Harnack
(Harnack v. Harnack)	(Harnack v. Harnack)
Stabschef	Stabschef



Abschrift.

Verein der Steuerberater und Steuerhelfer in Bayern e.V. München  
Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft.

-----

An den  
Bundestag der Bundesrepublik Deutschland und  
den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland  
B o n n / Rhein

München, den 24.11.49  
Widenmayerstr. 2 L/Kr.  
Telefon 1936  
Post.Kto. 5704

E i n g a b e

Betr.: Erstattung der Kosten für Bevollmächtigte und Bei-  
stände im steuerlichen Rechtsmittelverfahren.

Nach der Wiedereinführung der Finanzgerichte ist auch das steuerliche Rechtsmittelverfahren wieder auf die normale Vorkriegsgrundlage gestellt. Vor den Steuergerichten stehen sich nunmehr wieder die Finanzverwaltung und der Steuerpflichtige als gleichberechtigte Parteien gegenüber. Bei der dadurch bedingten Annäherung des Verfahrens an die Regeln für den bürgerlichen Zivilprozeß sollten daher auch die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Tragung und Erstattung der Prozeßkosten denen des bürgerlichen Rechts wieder angeglichen werden. Hinsichtlich der Kostenpflicht selbst sind diese Frage in § 307 ff AO befriedigend gelöst, § 316 AO sieht auch die Erstattung notwendiger Auslagen an den Stpfl. im Falle seines Obsiegens vor. Eingeschränkt ist diese Erstattungspflicht jedoch in einem sehr wichtigen Punkte durch § 316 Satz 3 AO: Danach hat der Stpfl. keinen Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes entstanden sind.

Vom Inkrafttreten der AO im Jahre 1919 bis zum 31.12.1930 waren solche Kosten nach § 288 Abs. 2 AO (alte Fassung) erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes notwendig war.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen v.1.12.1930 wurde dieser Erstattungsanspruch lediglich aus Sparsamkeitsgründen beseitigt, und zwar mit fester zeitlicher Begrenzung bis zum 31.3.34 (Dritter Teil Kap.IV Ziff. 71 Art. 1 § 294 AO).

Die völlige Abschaffung dieses Rechtes ist erst in den Zeiten des Dritten Reiches angeordnet worden. (Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen v.1.12.36 Abschnitt III Ziff. 68).



Abstract

For the German Government and the German People  
The German Government and the German People

An den  
Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland und  
den Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland  
Bonn / Rhein

München, den 21.11.50  
Telefon 1935  
Postfach 2704

Einleitung

Betr.: Erstattung der Kosten für Verwaltungskosten und  
Stände im öffentlichen Rechtswesen.

Nach der Wiederherstellung der Finanzverhältnisse hat auch das  
öffentliche Rechtswesen wieder auf die normale Vor-  
kriegslage gestellt. Vor der Kriegszeit standen sich  
namentlich die Finanzverwaltung und der Steuerpflichtige  
als Abwehrkräfte gegenüber. Bei der Wiedergeburt  
bedingte die Wiedergeburt des Verhältnisses zu den  
bürgerlichen Wirtschaften sollte auch die Bestimmungen  
über die Verpflegung zur Tragung und Erstattung der Kosten  
kosten denen des bürgerlichen Rechts wieder angeglichen werden.  
Insoweit die Kostenpflichten wieder eine Frage in  
§ 307 ff. AB betriebsmäßig gelöst. § 310 AB steht auch die Er-  
stattung notwendiger Ausgaben an der Spitze. Im Falle eines  
Überrumpels vor. Hinsichtlich der Kosten Erstattungspflicht  
jedoch in einem sehr wichtigen Punkte durch § 310 AB  
dabei hat der Staat keinen Anspruch auf Erstattung von Ko-  
sten, die durch Erstattung eines öffentlichen oder bei-  
ständes entstanden sind.

Von Inkrafttreten der AB im Jahre 1919 bis zum 31.12.1930  
waren solche Kosten nach § 289 Abs. 2 AB (alte Fassung) ex-  
stattungsfähig, wenn die Erstattung eines öffentlichen  
oder bürgerlichen notwendig war.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirt-  
schaft und Finanzen v. 1.12.1930 wurde dieser Erstattungsa-  
nspruch lediglich aus Sparwirtschaftlichen Gründen beseitigt, was zwei  
mit festem zeitlichen Beginnung die von 1.1.34 (Artikel  
Teil Kap. IV Ziff. VI Abs. 1 § 284 AB).

Die völlige Abschaffung dieses Rechts ist erst in den letzten  
den letzten Jahren angestrebt worden. (Finanzgesetz  
des Reiches vom 1.12.50 Abschnitt III Ziff. 68).



Recht und Billigkeit verlangen, daß dieses alte Recht der Stpfl. so schnell als möglich in dem überkommenen Umfang wieder hergestellt wird. Bei der Rechtsunsicherheit auf steuerlichem Gebiet, die vor allem durch den häufigen Wechsel in der Steuergesetzgebung verursacht ist, bei der ungleichmäßigen Verwaltungspraxis, selbst innerhalb der einzelnen Finanzämter und bei den heutigen hohen Steuersätzen ist der Stpfl. in weit größerem Umfang zur Einlegung von Rechtsmitteln genötigt, als dies in der früheren Zeit der Fall war.

Die eigene Durchfechtung eines solchen Steuerprozesses ist ihm bei der noch immer wachsenden Kompliziertheit aller steuerlichen Vorschriften nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, sodaß er fast durchweg auf die Inanspruchnahme der steuerberatenden Berufe angewiesen ist. Unter diesen Umständen kann es den Stpfl. nicht zugemutet werden, die hierdurch bedingten zusätzlichen Kosten aus eigener Tasche auch dann zu zahlen, wenn sich im Rechtsmittelf Verfahren herausstellt, daß das Finanzamt infolge unrichtiger Anwendung der gesetzlichen Vorschriften oder ungenügender Aufklärung des Sachverhalts, eine zu hohe Steuer festgesetzt hatte. Mit Genugtuung haben wir davon Kenntnis genommen, daß diese Frage auch vom Industrie- und Handelstag in einer Eingabe vom Oktober ds.Js. angeschnitten worden ist.

Wir bitten ebenfalls unter bewußtem Verzicht auf weitergehende Forderungen, die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschlands mit größter Beschleunigung dafür Sorge zu tragen, daß der § 316 AO wieder die folgende Fassung erhält:

"Soweit dem Steuerpflichtigen keine Kosten auferlegt werden, sind ihm notwendige Auslagen zu erstatten. Auf Entschädigung für Zeitversäumnis hat er keinen Anspruch. Die Kosten der Zuziehung eines Bevollmächtigten oder Beistandes sind nur erstattungsfähig, wenn die Zuziehung notwendig war. Handelt es sich um Rechtsanwälte, so richtet sich die Höhe ihrer Gebühren nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte".

Der Fachausschuß für Steuer und Wirtschaft

Der Vorsitzende  
gez. W. Marquardt  
(Willy Marquardt)  
Steuerberater

Der Referent  
gez. Hasso v. Nostitz  
(Hasso v. Nostitz)  
Helfer in Steuersachen



Recht und Billigkeit verlangen, das diese alle Recht der  
Stille zu bewahren ist, und in dem Verhältnisse  
wieder vorgeht, wie bei der Rechtsanwendung. Bei  
einem solchen Falle, der vor allem nach dem Billigen  
bei in der Staatsgesetzgebung vorgeht, bei der un-  
gleichen Verteilung der Vermögensgegenstände, sei es ein-  
zelnen Personen oder bei den meisten hohen Beamten  
ist der Stille, in weit größerer Umfang zur Verfügung von  
Rechtsmitteln genügt, als dies in der früheren Zeit der  
Fall war.

Die eigene Verantwortlichkeit eines solchen Staatsorgans ist  
im Fall der unrichtigen Verwendung der Mittel nicht allein  
materiell, sondern auch in der öffentlichen Meinung  
möglich, so daß er fast durchweg mit der Verantwortung  
der öffentlichen Meinung beauftragt ist. Unter diesen  
Umständen kann es den Stille nicht angetan werden, die  
Menschen bedingten gesetzlichen Grenzen aus eigener Macht  
auch dann zu setzen, wenn sie in der öffentlichen Meinung  
nicht besteht, daß die Verantwortung infolge der unrichtigen  
Anwendung der gesetzlichen Vorschriften nicht an dem Beamten  
hängt, sondern an der öffentlichen Meinung, eine solche Verantwortung  
hatte die Staatsverwaltung, wie die öffentliche Meinung  
das diese Sache auch von der öffentlichen Meinung abhänge, in einer  
Angelegenheit von großer Wichtigkeit.

Im Falle der öffentlichen Verantwortung ist die öffentliche  
Menge zu berücksichtigen, die gesetzgebende Gewalt der Beamten  
nicht zu unterschätzen, wie auch die öffentliche Meinung, die die  
Menge, das ist die öffentliche Meinung, die folgende Lösung er-  
hält:

„Kann die öffentliche Meinung keine Kosten auferlegt  
werden, sind die notwendigen Ausgaben zu ersetzen, ist  
die öffentliche Meinung der Beamten nicht zu achten, so-  
fern die Kosten der öffentlichen Meinung zu berücksichtigen  
sind, so sind die öffentlichen Ausgaben zu ersetzen, wenn die  
öffentlichen Ausgaben von der öffentlichen Meinung zu ersetzen  
sind, so richtet sich die öffentliche Meinung nach  
der öffentlichen Meinung der Beamten.“

Der Staatsrechnung für Steuer und Wirtschaft

Der Staatsrechnung	Der Staatsrechnung
Gen. Hans v. Hesse	Gen. Hans v. Hesse
(Hans v. Hesse)	(Hans v. Hesse)
Müller in Stuttgart	Müller in Stuttgart